

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 29

Artikel: Maastricht, neoliberale Hegemonie, deutsche Machtpolitik
Autor: Bieling, Hans-Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651688>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Maastricht, neoliberale Hegemonie, deutsche Machtpolitik*

Nachdem der „Euro-Optimismus“ der 80er Jahre verflogen ist, macht sich Unbehagen breit. Jahr für Jahr, wenn nicht Monat für Monat, stehen weitreichende Entscheidungen an, die jenseits des alten integrationspolitischen Grundkonsenses zu treffen sind. Die Frontstellung gegen den Realsozialismus ist ganz entfallen und die Mechanismen, Institutionen und Instrumentarien, über die Deutschland in die europäische Kooperationsstruktur einzubinden ist, sind neu zu definieren. Zusätzlich belastet wird der Neuordnungsprozeß durch die Veränderungen im internationalen militär- und sicherheitspolitischen Bündnissystem, den ökonomischen Druck der Triadekonkurrenz (zwischen USA, Japan und Westeuropa) sowie die Tendenzen der innergesellschaftlichen Desintegration und sozialen Polarisierung.

Trotz aller Initiativen – EWWU, Politische Union, EG-Erweiterung, Weißbuch zu Wachstum und Beschäftigung etc. – steht ein wirklich überzeugender integrationspolitischer Wurf seitens der EU bis heute aus. Dissens und Konflikt prägen die europapolitische Praxis. Sowohl innergesellschaftlich – z.B. in den Debatten über die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags – als auch zwischenstaatlich – EWS-Krise, EG-Erweiterung, Bedeutung der Strukturpolitik, Auslegung des Subsidiaritätsprinzips, Entscheidungsverfahren etc. – treten die Instabilitätsmomente und Bruchstellen des eingeschlagenen Integrationspfads deutlicher hervor.

Die Ursachen hierfür sind nicht allein auf den Umbruch des weltpolitischen und weltökonomischen Umfelds zurückzuführen, sondern müssen gleichfalls auch in der Integrationsdynamik selbst, d.h. in der triadefixierten Wettbewerbsorientierung und den diese tragenden Macht- und Herrschaftsstrukturen, gesucht werden. Die Europapolitik nach 1989 bemühte sich in erster Linie darum, die „weltmarktgemäße“ Wettbewerbs- und Machtpolitik in die neue Ära hinüberzuretten und das institutionelle System den veränderten Gegebenheiten anzupassen (Altvater/Mahnkopf 1993). Bereits vorher angelegte Widersprüche, insbesondere das sozial- und demokratiepolitische Defizit, werden dabei durch die ökonomische (WWU) und politische Vertiefung (GASP und innere Sicherheit) sowie die anstehenden Erweiterungen nicht angegangen, sondern mitgeschleppt und reproduziert.

Mit anderen Worten: Die ökonomisch-technokratische Integration (Bach 1993) wird allenfalls sicherheits- und machtpolitisch erweitert, während europäische Öffentlichkeiten und „postnationale“ zivilgesellschaftliche Strukturen blockiert bleiben. Auf absehbare Zeit sind in der Europapolitik Mechanismen und Instrumentarien der sozialen Integration – d.h. Institutionen der sozialpolitischen Regulierung und demokratischen Partizipation – allenfalls in rudimentärer und völlig unzureichender Gestalt zugelassen. Ohne derartige Formen der Konfliktlösung können sich europäische Solida-

ritäten und Identitäten jedoch kaum entwickeln. Das anwachsende gesellschaftliche Konfliktpotential formiert und artikuliert sich daher vorwiegend über die nationalstaatliche Politik.

Macht- und Effizienzstrategien

Im Anschluß an das Binnenmarktpjekt schienen zunächst die Weichen in Richtung eines weiteren politisch-institutionellen Ausbaus der EG gestellt. Die Politisierung des deregulierten einheitlichen Marktes und der regionalen Disparitäten drängten in Richtung einer politischen Gegensteuerung; dies umso stärker, als durch die Probleme der gesellschaftlichen Transformation Mittel- und Osteuropas Fragen des transnationalen Interessenausgleichs nochmals zugespitzt wurden (Bonder/Röttger 1993). Letztlich erfolgte dennoch kein Übergang zu einem sozialintegrativen Integrationsmodus, und das Ziel, die Lebensverhältnisse in West- oder gar in Gesamteuropa anzugleichen oder wenigstens nicht weiter auseinanderreiben zu lassen, trat weit in den Hintergrund. Statt dessen forcierten neoliberale Kräfte (Bieling/Deppe 1995) über weitere Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen und den Primat monetärer Stabilität die markt- und wettbewerbsorientierte Integrationslogik, nicht zuletzt um seine sozioökonomischen Grundlagen zu festigen. Selbst zaghafte struktur- und sozialpolitische Initiativen – angeregt und zum Teil eingeleitet durch die Ausweitung der EG-Strukturfonds, das Sozialprotokoll im Maastrichter Vertrag und das Weißbuch zu Wachstum und Beschäftigung – wurden auf ein rudimentäres Minimal-Programm zurechtgestutzt.

Angesichts des immensen Wettbewerbs- und Anpassungsdrucks bleibt die soziale Dimension des Binnenmarkts bislang eher hohle Phrase als politische Realität (Falkner 1993; Keller 1993). Das dahinter verborgene politische Kalkül liegt auf der Hand: Gerade in einer Situation, in der grundlegende Weichenstellungen innerhalb eines „unübersichtlichen“ Umfelds – strukturelle und weltwirtschaftliche Krisen, soziale Desintegrationsprozesse, sicherheitspolitische Neuorientierungen etc. – vorzunehmen sind, sollen sozialintegrative Kräfte (Gewerkschaften, Linksparteien, die europäische Peripherie etc.) keinen Einfluß auf den integrationpolitischen Kurs nehmen können. Machtbewußtsein und Durchsetzungsfähigkeit sind gefragt, weniger aber Konsens. Sowohl die transnationale Bourgeoisie als auch die maßgeblichen politischen Kräfte der „Kernstaaten“ sehen in der Ausweitung des sozialpolitischen Aufgabenfeldes, damit verbundenen Umverteilungsmaßnahmen und komplizierteren Entscheidungsprozeduren in erster Linie zusätzliche Belastungen, die es abzuwehren gilt.

Obwohl, oder besser, *weil* die Vertiefung (Maastricht) und Erweiterung (EWK, Beitritte und Assoziierungs-Abkommen) der EG unter Maßgabe der alten, z.T. radikalisierten wettbewerbs- und machtpolitischen Strategien vorangetrieben wurden, bleiben Reibungen und Konflikte nicht aus (Bieling 1994). Im Vorfeld der Regierungskonferenz Maastricht II von 1996 weisen selbst die politischen Akteure und konzeptionellen Vordenker, die die

bisherige Integrationslogik befürwortet und – wenn auch nicht in allen Einzelheiten – mitgetragen haben, darauf hin, daß sich die EG in eine „Sackgasse“ hineinmanövriert hat. Vehement wird nunmehr ein enormer politischer und institutioneller Revisionsbedarf reklamiert: „Der mit Mühen und Mißtrauen ratifizierte Vertrag (über die Europäische Union, H.-J. B.) ist Etappe und Interimsregime, seine Reform ist unumgänglich, wenn das System insgesamt funktionieren soll“ (Janning 1993; ähnlich CDU/CSU 1994; Schwarz 1994; Weidenfeld 1995). Die angestrebten politischen Korrekturen gründen sich dabei auf folgende Problemsicht: Erstens verläuft der Übergang zur EWWU trotz der nationalen Programme zur monetären Konvergenz nicht so reibungslos wie geplant; zweitens wächst die Befürchtung, daß mit der EG-Erweiterung die bestehenden Institutionen überdehnt und die Formen der Kompromiß- und Entscheidungsfindung funktionsunfähig werden; drittens werden wachsende Koordinationsnotwendigkeiten im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit ausgemacht; und viertens scheint all dies unter Effizienzkriterien darauf hinaus zu laufen, die Kompetenzen für die verschiedenen politischen Integrationsfelder zwischen EG, Nationalstaaten und der subnationalen Ebene grundsätzlich neu zu definieren.

Im Kern drehen sich die Strategie-Debatten um die Entzerrung und Bewältigung zweier Problemkomplexe: Erstens steht die Frage an, in welcher Form sich der gesamteuropäische Umbruch mit den Erfordernissen der Triadekonkurrenz in Übereinstimmung bringen läßt. Konkreter: Über welche Strukturen, Institutionen und Mechanismen kann die sozioökonomische Integration, d.h. die Vertiefung und Erweiterung der EG, gefördert und gefestigt werden? Welche Übereinkünfte sind zu erzielen, damit nach der Vertiefung durch den Binnenmarkt und die WWU sowie nach der Erweiterung um einige EFTA-Staaten auch noch die Ost-Erweiterung perspektivisch möglich bleibt? Was bedeutet dies für die wirtschafts-, struktur- und sozialpolitische Regulierung, vor allem für das System des transnationalen Ressourcentransfers? Zweitens drängen sich aber zusehends auch Fragen der macht- und sicherheitspolitischen Neuordnung auf, zumeist unter dem Titel „Politische Union“ diskutiert. Hierunter fallen innen- und justizpolitische Bestimmungen, die bereits im Maastrichter Vertrag angelegt sind; darüber hinaus geht es aber auch um Konzeptionen einer gesamteuropäischen Militär- und Sicherheitspolitik: Welche Aufgaben fallen nach dem Ende der Systemkonkurrenz der EU zu? Wie ist die Zusammenarbeit innerhalb der GASP zu intensivieren? Wie soll das Verhältnis zu den USA – umfassender: das Verhältnis von UNO, NATO und WEU – aussehen? Und nicht zuletzt ist damit der heikle Punkt verbunden, welche Rolle den größeren westeuropäischen Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, zukommt.

All diese Fragen weisen darauf hin, daß sich gegenwärtig ein tiefgreifender Wandel im westeuropäischen Kooperationsgefüge vollzieht, der die Substanz der bisherigen Orientierungen und Zielsetzungen berührt, und in dem sich ökonomische und soziale, vor allem aber auch nationale politische Interessenlagen von Grund auf neu artikulieren.

Ein neues Verständnis von Macht- und Sicherheitspolitik

Das Vertragswerk von Maastricht erweiterte den Aufgabenbereich der Gemeinschaft um zwei weitere Politikfelder: die Innen- und Rechtspolitik sowie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Beide „Pfeiler“ haben den Zweck, dem Souveränitätsverlust des Nationalstaats in seinen klassischen Aufgabenbereichen – der inneren und äußeren Sicherheits- und Ordnungspolitik – durch die Europäisierung der exekutiven und repressiven Staatsapparate entgegenzuwirken. Die innen- und justizpolitische Abstimmung und Vernetzung wirft dabei geringere Probleme auf. Trotz aller Verzögerungen schreitet die Kooperation in der Einwanderungs-, Visa- und Asylpolitik sowie im angestrebten Auf- und Ausbau von EUROPOL zumindest stockend voran (Bunz/Neuenfeld 1994). Konfliktgeladener ist hingegen das Ringen um die Strukturen und Formen der zukünftigen außen- und sicherheitspolitischen Kooperation (zu „Kerneuropa“ vgl. Kotzias 1995). Konkurrierende nationalstaatliche Interessen prallen hier deutlicher aufeinander, da nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum einen die nationalen Macht- und Einflußbereiche neu abgesteckt werden (militärische Kontrollbefugnisse, Osterweiterung von EG und NATO, finanzielle Lastenverteilung) und zum anderen der Paradigmenwechsel von stärker „defensiv“ orientierten Verteidigungs- zu umfassenden und „präventiven“ Interventions- und Sicherheitsstrategien zu institutionalisieren ist (Hugler 1994). Das Zusammentreffen von regionalen Krisen-, Konflikt- und Kriegsherden mit veränderten machtpolitischen Ambitionen erzeugt demzufolge eine Konstellation, in der die Funktionsweise der tradierten militärpolitischen Bündnisstrukturen und Institutionen (NATO, OSZE, UNO) überholt ist, ihr Wandel oder die Schaffung neuer Kooperationsformen jedoch durch nationale Kalküle blockiert wird. Anders formuliert: Der Weg von der „Zivilmacht Europa“ zur (west)europäischen Großmachtpolitik (Statz/Weiner 1994, 52) scheint vorgezeichnet.

Eine Schlüsselposition nimmt in diesem Prozeß das vereinigte Deutschland ein. Führende konzeptive Ideologen der nationalkonservativen Rechten mahnten bereits kurz nach dem Mauerfall, spätestens aber während des Golfkriegs an, daß Deutschland seine „nationalen Interessen“ nunmehr offensiv und machtbewußt zu redefinieren und den „verantwortungslosen Provinzialismus“ abzulegen habe. Während die außenpolitische Zurückhaltung des „Genscherismus“ als „Scheckbuchdiplomatie“ auf der Anklagebank saß, avancierten souveräne Machtpolitik und nationalstaatliche „Normalität“ zu den neuen Leitmaximen der kommenden Zeit (Baring 1991; vgl. auch Ischinger/Adam 1995). Eindringlich verweisen „realistische“ Positionen auf die neue deutsche „Zentralmacht“-Rolle innerhalb des turbulenten welt- und europapolitischen Umfelds (Schwarz 1994).

Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß die alte Gemütlichkeit dahin sei und angesichts der Landes- und Bevölkerungsgröße, der Wirtschaftskraft, vor allem aber der geostrategischen Lage („Mittellage“) Deutschland nicht mehr umhin könne, eine Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Eine

„Politik der kooperativen Machtbalance“ müsse dabei vor allem bedacht sein, strategische Allianzbildungen gegen das vereinigte Deutschland zu verhindern (Link 1993). Von außen stützen maßgeblich die USA den deutschen Führungsanspruch. Konnte die plakative Vorgabe von den „Partners in Leadership“ (Bush) zunächst noch als aufmunternde Höflichkeitsfloskel interpretiert werden, änderte sich dies spätestens mit dem Übergang zur Clinton-Administration. Deren Konzentration auf innergesellschaftliche Probleme schreibt den Westeuropäern weitergehende sicherheitspolitische Aufgaben zu, und hierbei wiederum gilt den Amerikanern das vereinigte Deutschland als geeigneter und verlässlicher Partner. Unumwunden formuliert die Carnegie-Studie (Hamilton 1994, 344): „Deutschland muß sich von einem Importeur von Sicherheit und Stabilität zu einem Exporteur wandeln“.

Vielleicht setzt sich diese Option in längerer Perspektive durch. Vorerst spricht jedoch einiges dafür, daß trotz der Aufwertung der GASP zumindest kurzfristig, wahrscheinlich auch über die Maastrichter Revisionskonferenz von 1996 hinaus, eine Politik des sich Durchwurstelns mit Ad-hoc-Koalitionen fortgeführt wird (Schwarz 1994a: 773ff). Denn alle bisherigen Initiativen der Bundesrepublik, die neue nationale Souveränität macht- und sicherheitspolitisch umzusetzen, trafen auf Gegenwehr. Innergesellschaftlich richteten sich die Proteste gegen den Wechsel von der „zivilen“ zur militärischen und tendenziell aggressiven Außenpolitik, d.h. gegen UNO-Blauhelm- und Out of Area-Einsätze der Bundeswehr. Bei den europäischen Nachbarstaaten mobilisierten vor allem das Vorpreschen in Sachen Vereinigung (Zehn-Punkte-Plan), die Jugoslawien-Politik mit der voreiligen Anerkennung Kroatiens und Sloveniens sowie der Ruf nach einem Sitz im Sicherheitsrat Widerstand. Trotz gemeinsamer Bekundungen und Übereinkünfte verläuft die außen- und sicherheitspolitische Neuordnung Europas daher alles andere als reibungslos. Zwar besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik über die Institutionen der GASP und WEU unabwendbar aufgewertet und auf Gesamteuropa hin konzipiert werden muß; da dies jedoch den „harten Kern“ nationalstaatlicher Souveränität berührt und das historisch „belastete“ Deutschland als einzig möglicher „global player“ im Mittelpunkt dieses Vorgangs steht, artikulieren sich verstärkt Ängste, Rivalitäten und Spannungen, die den Vergemeinschaftungsprozeß blockieren können. Je nach Einschätzung der konkreten Situation fürchtet man sich davor, von Deutschland entweder dominiert oder im Stich gelassen zu werden (Hamilton 1994, 368).

Wettbewerbspolitik durch Marktintegration

Auch im Kern-Bereich der EG-Integration, der wirtschaftlichen Verflechtung und Kooperation, prallen zusehends konkurrierende nationale Interessenlagen aufeinander. Dies betrifft zwar weniger den gemeinsamen Binnenmarkt, wohl aber die ihn einrahmenden und begleitenden Politikbereiche: die Wirtschafts-, Währungs-, Industrie-, Technologie-, Umwelt-, Sozial-, Regional- und Arbeitsmarktpolitik. Nachdem die politische Ergänzung durch

den Vertrag über die Europäische Union wenigstens ansatzweise Optionen eröffnete, den Binnenmarkt durch die Annäherung nationaler Regulationsformen politisch zu festigen, ist die europäische Förderung von regional-, struktur-, industrie- und beschäftigungspolitischen Aktivitäten mittlerweile heftig umstritten. Von ausbaufähigen sozialpolitischen und demokratischen Institutionen ist kaum mehr die Rede; und selbst der Kern des ehrgeizigen Unterfangens von Maastricht, die Angleichung der Wirtschafts- und Währungspolitik und die Realisierung der WWU, ist ernsthaft in Frage gestellt, seitdem die Weltwirtschafts- und EWS-Krise, regionale Disparitäten und soziale Desintegrationstendenzen Wasser auf die Mühlen nationaler „Sonderwege“ gelenkt haben (Deppe/Felder 1993). Diese resultieren dabei weniger aus der vermeintlichen Stärke als vielmehr aus der Schwäche und Überforderung der politischen Regulierungsmöglichkeiten. Zudem zeigen sich im Formierungsprozeß nationaler Politikstrategien einflußreiche soziale und politische Kräfte bestrebt, gerade in Verteilungsfragen eine härtere und machtbewußtere Position einzunehmen (Bultemeier/Deppe 1995).

Auch hier prägen die deutschen Optionen maßgeblich den Wandel des europäischen Kooperationsgeflechts. Noch in den 80er Jahren war der Negativsaldo – die Abgaben nach Brüssel überstiegen die Rückflüsse – in der Bundesrepublik weder Thema noch Problem, da die Finanztransfers durch ökonomische Wettbewerbsvorteile mehr als wettgemacht werden konnten. Mehr noch: Sie waren sogar ein wesentliches Mittel, die deutsche Wirtschaftskraft durch die Förderung europäischer Wirtschaftskreisläufe auszubauen und abzusichern (Röttger 1993, 32ff). Heute jedoch hat das Problem-bündel wachsender Anforderungen – die härtere Triadekonkurrenz, die mittel- und osteuropäische Transformation, die deutsche Vereinigung und die innergesellschaftliche Desintegration – eine Debatte angeschoben, in dessen Zentrum die Belastungsfähigkeit des neuen Deutschlands steht. Zum einen geht es dabei um seine stärkere Hinwendung nach Mittel- und Osteuropa. Diese erfolgt zwar primär markt- und machtorientiert, d.h. ohne eine strukturpolitische Begleitung der gesellschaftlichen Transformationen; dennoch hat sie aber innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft zu erheblichen Spannungen geführt. Während Deutschland diesen Prozeß, in erster Linie die wirtschaftliche Unterstützung, europäisieren möchte, und dabei von Großbritannien, das darin eine Chance zur Auflockerung des Gemeinschaftsgefüges sieht, bedingt unterstützt wird, sorgt sich Frankreich um die deutsche Dominanz. Aus Sicht der südeuropäischen Länder stellen die mittel- und osteuropäischen Staaten wegen ihrer ähnlichen Produktionsstruktur wirtschaftliche Konkurrenten dar, die zudem das finanzielle Transfersystem destabilisieren können.

Die EG-Erweiterung nach Osten bringt somit deutlich divergierende nationale Interessenlagen hervor (Pradetto 1992). Zum anderen fördert die neue deutsche Interessenpolitik aber auch generell die Abwendung von der kooperativ-ausgleichenden Integrationsstrategie der alten „Zivilmacht“. Kategorisch prognostiziert dementsprechend Schwarz (1994a, 778): Deutschland wird vorerst „rechnerischer, kleinlicher, nach allen Seiten hin sparsamer

sein müssen, was den überlasteten deutschen Steuerzahler erfreuen mag, Bonn aber unvermeidlicherweise den Vorwurf einbringen muß, die eigenen nationalen Interessen hartherziger zu vertreten als in den besseren Zeiten von den frühen siebziger bis zu den frühen neunziger Jahren.“ Achselzuckend nimmt man zur Kenntnis, daß die Kompromißbereitschaft in Fragen des transnationalen Finanzausgleichs und wirtschaftspolitischer Zugeständnisse dahinschwindet. Nationale Wohlstandseinbußen seien einfach nicht hinzunehmen.

Da der Maastrichter Vertrag die Strategien der Deregulierung und monetären Stabilität auf europäischer Ebene nochmals verfestigt, stellt sich die Frage, ob mit ihm letztlich nicht ein „Spaltungsvertrag“ (Dahrendorf 1994) ratifiziert wurde. Das Aufleben nationalistischer Orientierungen kann gewissermaßen als späte Konsequenz der Binnenmarktphilosophie gedeutet werden. Denn die Deregulierung beschnitt die nationalen politischen Steuerungsinstrumente, ohne auf europäischer Ebene entsprechenden Ersatz zu schaffen. Damit führte die Politik „im Prozeß der europäischen Integration eines ihrer ambivalentesten Stücke auf: Sie ist eine führende Kraft, in seinem Verlauf aber entmachtete sie sich selbst“ (Bogdandy 1993, 55). Im Spannungsfeld von „Marktherrschaft“, „technokratischem Regime“ (Bach 1993) und der Renationalisierung der Politik untergräbt die EG-Integration tendenziell zugleich ihre eigenen Grundlagen: den sozialpolitisch und demokratisch gebändigten Kapitalismus. Denn gemäß den Anforderungen des triadeorientierten Finanzkapitals (Holman/Van der Pijl 1992; Gill/Law 1989) werden diejenigen Kräfte und Institutionen, die zivilisierende und sozialintegrative Leistungen hervorbringen – demokratisch-partizipative Institutionen, arbeitsrechtliche Standards, Mitbestimmungsmöglichkeiten, Sozialsysteme etc. –, zurückgedrängt bzw. funktional eingepaßt. Im Vordergrund stehen stattdessen nationale und europäische Anstrengungen, mit deren Hilfe sich Regierungen unter Führung des europäisierten Finanzkapitals erhoffen, im technologischen Wettbewerb bestehen und Marktanteile gewinnen zu können (Seitz 1994). Die neoliberalen Kräfte stützen daher das Kommissions-Weißbuch zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ zu recht. Europäische Infrastrukturnetze, nicht aber eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gelten als förderungswürdig; und dies, obwohl sich abzeichnet, daß die gesellschaftliche Kohäsion zwischen Weltökonomie und politischen Effizienzstrategien zusehends zerrieben wird.

Integration und Legitimation

Die pragmatischen Vorschläge für den anstehenden Umbau der EG beziehen sich in ihrer Begründung auf zwei tieferliegende Dimensionen: Zum einen rekurren sie auf den zu bewältigenden Problemstau, d.h. die Anforderungen der Triadekonkurrenz, regionale Disparitäten und nationale Interessenkonflikte, die Neuordnung der Ost-West-Beziehungen und die (Selbst-)Einbindung Deutschlands. Zum anderen zeigen sie sich zugleich bestrebt, die Entscheidungs- und Legitimationsprobleme zu lösen, die bereits strukturell

im Prozeß der EG-Integration angelegt sind, sich mit den weiteren Kompetenzübertragungen an die EG nach Maastricht aber noch zuspitzen (Weidenfeld 1995). Der zweite Punkt thematisiert also das grundsätzliche Dilemma der supranationalen Machtkonzentration ohne ausreichende Legitimationsgrundlage (Kaelble 1993, 204) bzw. einer „doppelten“, jedoch nur indirekten, tendenziell geschwächten und konfliktreichen Legitimitätsbasis durch die Mitgliedsstaaten (Ministerrat) und das Europäische Parlament.

All dies wäre weiter nicht problematisch, wenn der supranationalen Kompetenzakkumulation ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl in Form gemeinsamer Solidaritäten und Identitäten folgen würde. Dies ist jedoch alles andere als absehbar. Nicht nur die Regierungspolitik hat sich praktisch und programmatisch von einem bundesstaatlichen Modell verabschiedet, auch die anderen EU-Staaten stehen ihm skeptisch bis ablehnend gegenüber. Folglich wird darauf verwiesen, daß die bundesstaatliche Perspektive aufgrund der primär national strukturierten Interessenformierung und -vermittlung alles andere als realistisch sei. Nach Lepsius (1991) belegt dies die Übermächtigkeit der nationalen Kultur-, Sozial- und Politikmuster; intermediäre Institutionen wie Parteien, Verbände, Medien, Tarifstrukturen etc. sind angesichts ihrer unzureichenden mehrstufig gegliederten Interessenformierung bislang kaum vom Integrationsprozeß erfaßt worden. Um die Legitimationsproblematik nicht weiter zuzuspitzen, plädiert Lepsius für das Modell eines „Nationalitätenstaats“, d.h. die Stärkung der Legitimitätsbasis der EG durch die Europäisierung der nationalstaatlichen Politik. Die Kompetenzen der Nationalstaaten sind von denen des europäischen „Nationalitätenverbands“ klar zu unterscheiden und dadurch zu festigen, daß letzterer sein Engagement auf ausgewählte wichtige Politikfelder, die die Markt- und Wettbewerbsorganisation betreffen, begrenzt und „problematische Sonderaktivitäten“ – z.B. die Regional- und Sozialpolitik – vermeidet. Mit anderen Worten: Weiterhin soll die EG als „Zweckverband“ nach Maßgabe instrumenteller Rationalität und marktwirtschaftlicher Effizienz funktionieren, während die nationalen Institutionen für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Identität, kulturelle Selbständigkeit und politische Partizipation einzustehen haben.

Stärker pragmatisch orientiert, schließt sich eine Reihe renommierter Wissenschaftler und Politikberater dieser Sichtweise an und gibt ihr einen politischen „Rechtsdrall“: Um das „Gleichgewicht“ der Regulierungsebenen nicht durch „extensive Kompetenzübertragungen“ zu gefährden, muß „künftig eine Intensivierung der Kernzuständigkeiten der Europäischen Union treten. Dies erhöht die Transparenz, schafft Handlungsfähigkeit und entspricht dem föderalen Prinzip“ (Weidenfeld 1995, 8). Die präsentierten Reformvorschläge mitsamt des Kompetenzkatalogs lesen sich wie eine Streitschrift wider europäischen „Wildwuchs“ und „Regulierungswut“. Auffällig sind vor allem drei Stoßrichtungen: Erstens werden Legitimationsfragen hauptsächlich unter Effizienz- und Akzeptanzaspekten – Übersichtlichkeit und Straffung von Entscheidungsstrukturen – diskutiert; zweitens wird eine forcierte Vergemeinschaftung im Bereich der inneren wie äußeren

Sicherheit eingefordert; und drittens befürworten die Autoren in Anbetracht der EG-Erweiterung die Begrenzung supranationaler regional- und sozialpolitischer Kompetenzen. Nicht umsonst lautet denn auch der Schlußsatz: „Das neue Gefälle in einer derart erweiterten Union macht eine grundlegende Reform wesentlicher Politiken notwendig, insbesondere der Agrarpolitik, der Strukturpolitiken und der Finanzverfassung der EU. Die Regierungskonferenz 1996 muß hierfür bereits die Grundlage schaffen“ (ebd., 49).

Sicherlich trifft die Diagnose von der äußerst schwachen Legitimation supranationaler Entscheidungsprozesse, die diesen Argumentationen zugrunde liegt, in ihrem Kern erst einmal zu; die daraus abgeleiteten politischen Schlußfolgerungen – insbesondere die inhaltlichen Bestimmungen – sind allerdings keineswegs zwingend. Weder der Abschied von den „Vereinigten Staaten von Europa“ seitens der deutschen Regierungskoalition noch die Vorgabe eines „Staatenverbunds“ – so die Kompromißformel des Bundesverfassungsgerichts – sind allein in der Sache begründet. Vielmehr reflektiert der Kursschwenk in erster Linie die veränderten gesellschaftlichen und nationalen, insbesondere deutschen Interessenlagen. Bei eingehender Betrachtung steht demnach im Zentrum vor allem das Bestreben, in Kooperation mit den USA eine neue sicherheitspolitische Architektur zu entwickeln, Ost- und Mitteleuropa machtpolitisch zu stabilisieren und die Liberalisierung und Deregulierung der westeuropäischen Märkte weiter voranzutreiben. Probleme des innergesellschaftlichen wie transnationalen sozialen Ausgleichs sind demgegenüber ebenso sekundär wie Legitimations- und Demokratiefragen, die im Zweifelsfall schnell zugunsten nationaler Identitäten und Interessenlagen verdrängt werden.

*Der hier stark gekürzte Beitrag erschien in FEG-Studie Nr. 5 „Europäische Integration und politische Regulierung – Aspekte, Dimensionen, Perspektiven“, Marburg 1995.

Abkürzungen

EU	Europäische Union
EWS	Europäisches Währungssystem
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
WEU	Westeuropäische Union

Literatur

- Altwater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden“ Sozialismus. Münster.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, 1993: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht. Münster.
- Altwater, Elmar, 1994: Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat. In: Prokla, Heft 97, S.517-548.

- Bach, Maurizio, 1993: Vom Zweckverband zum technokratischen Regime: Politische Legitimation und institutionelle Verselbständigung in der Europäischen Gemeinschaft. In: Winkler, Heinrich/Kaelble, Hartmut (Hg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart, S.188-398.
- Baring, Arnulf, 1991: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler. Berlin.
- Bonder, Michael/Röttger, Bernd, 1993: Triaden-Politik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas? In: SPW, Heft 96, S.22-27.
- Bieling, Hans-Jürgen, 1994: Weder Bonn noch Weimar. Europapolitische Koordinaten der „Berliner Republik“. In: links, Heft 11/12, S.11-13.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank, 1995: Internationalisierung, Integration und politische Regulierung; in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.), Europäische Integration, Opladen, i.E.
- Bogdandy, Armin, 1993: Konturen des integrierten Europa. Stand und Perspektiven der europäischen Integration. In: Europa-Archiv, Folge 2, S.49-58.
- Bultemeier, Anja/Deppe, Frank, 1995: Arbeitslosigkeit und Sozialpolitik in der Europäischen Union. In: Widerspruch, Heft 29.
- Bunz, Axel R./Neuenfeld, Caroline, 1994: Europäische Asyl- und Zuwanderungspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48, S.37-45.
- CDU/CSU, 1994: Überlegungen zur europäischen Politik. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10, S.1271-1280.
- Dahrendorf, Ralf, 1994: Ein Europa für die Zukunft. In: Der Spiegel, Heft 1, S.28f.
- Deppe, Frank/Felder, Michael, 1993: Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), FEG Arbeitspapier Nr. 10, Marburg.
- Falkner, Gerda, 1993: „Sozialdumping“ im EG-Binnenmarkt: Betrachtungen aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: ÖZP, Heft 3, S.261-276.
- Gill, Stephen R./Law David, 1989: Global Hegemony and the Structural Power of Capital; In: International Studies Quarterly 33, S.475-499.
- Hamilton, Daniel, 1994: Jenseits von Bonn – Amerika und die Berliner Republik. Eine Studie des Carnegie Endowment for International Peace (Auszüge). In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S.366-373.
- Holman, Otto/Van der Pijl, Kees, 1992: Restructuring the Ruling Class an European Unification. Working Paper No. 28, Amsterdam.
- Hugler, Helmut, 1994: Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: Prokla, Heft 95, S.257-271.
- Ischinger, Wolfgang/Adam, Rudolf, 1995: Alte Bekenntnisse verlangen nach neuer Begründung. Die deutschen Interessen nach der Wiedervereinigung und ihre aussenpolitische Verwirklichung in Europa und der Welt. In FAZ vom 17.3.
- Janning, Josef, 1993: Am Ende der Regierbarkeit? Gefährliche Folgen der Erweiterung der Europäischen Union. In: Europa-Archiv, Folge 22, S.645-652.
- Kaelble, Hartmut, 1993: Supranationalität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Einleitende Bemerkungen. In: Winkler, Heinrich August/Kaelble, Hartmut (Hg.): Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart, S.189-206.
- Keller, Berndt, 1993: Die soziale Dimension des Binnenmarktes. Zur Begründung einer europessimistischen Sicht. In: PVS, Heft 4, S.588-612.
- Kitzmüller, Erich, 1994: Europa – aber welcher Typ von Moderne? Die versäumte Debatte um das politische Vorhaben Europa. In: ÖPZ, Heft 1, S.89-103.
- König, Johann-Günther, 1994: Wem nützt Europa? Banken & Konzerne: Fit für den Weltmarkt. Wer behält Geld und Arbeit in Deutschland? Bremen.
- Kotzias, Nikos, 1995: Zur Renaissance nationaler Macht- und Interessenpolitik in der EU. FEG Nr. 5, Marburg.

- Lamers, Karl, 1994: Variable Geometrie und fester Kern. Zur Debatte über das Europa-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, S.1464-1470.
- Lepsius, Rainer M., 1991: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. In: Wildenmann, Rudolf (Hg.), Staatswerdung Europas, Baden-Baden, S.19-40.
- Münch, Richard, 1993: Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Pradetto, August, 1992: Europa nach der Revolution. Ost und West vor säkularen Herausforderungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 6, S.3-10.
- Röttger, Bernd, 1993: Akkumulation und Regulation in der EG-metropolitanen Integration. Zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa. IIP- Arbeitspapier Nr. 22.
- Schwarz, Hans-Peter, 1994: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Berlin.
- Schwarz, Hans-Peter, 1994a: Außenpolitische Agenda für das Fin de siècle. In: Merkur, Heft 9/10, S.771-789.
- Seitz, Konrad, 1994: Deutschland und Europa in der Weltwirtschaft von morgen. Partner in der Triade oder Kolonie? In: Merkur, Heft 9/10, S.828-849.
- Statz, Albert/Weiner, Klaus-Peter, 1994: Grundprobleme der Westeuropäischen Integration; unv. Manuskript, erscheint 1995 gekürzt in: Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hg.), Einführung in die internationale Politik. Ein Studienbuch, Oldenburg.
- Weidenfeld, Werner (Hg.), 1995: Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996, Gütersloh.

Vor fünfzig Jahren - 25. 3. 1945

„Berlin. Die europäische Einheit, so sehr ihr im Laufe der Geschichte von außen und von innen entgegengearbeitet wurde, ist ein unverrückbares Ziel, denn sie stützt sich auf naturgegebene geographische und auf geschichtliche Grundlagen, die niemals zerstört werden können. Auf keinem anderen Gebiet menschlicher Betätigung ist die europäische Gemeinsamkeit schon bisher so stark in Erscheinung getreten wie auf dem der Verkehrswirtschaft. Denn die Aufgabe des Verkehrs ist es, die Räume und ihre Hindernisse zu überwinden und Menschen, Güter und Nachrichten von Raum zu Raum, von Volk zu Volk auszutauschen. *Rudolf Hoffmann, in: Das Reich*“

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. März 1995